

14.05.2019

# Antrag

der Fraktion der SPD

## **Fusion von ThyssenKrupp Steel Europe und Tata geplatzt – Zukunft der Stahlindustrie in NRW sicherstellen!**

### **I. Hintergrund**

Am 10. Mai 2019 hat die Unternehmensführung von thyssenkrupp bekanntgegeben, dass die geplante Fusion der Stahlsparte mit dem indischen Stahlkonzern Tata Steel in Europa nicht zustande kommt. Grund dafür seien die Bedenken der EU-Kommission gewesen, mit dem neuen Stahlunternehmen würde der Wettbewerb in Europa beeinträchtigt. Damit ist die bisherige Strategie zur Neuaufstellung des seit dem Amerika-Abenteuer angeschlagenen Stahlkonzerns gescheitert. Der Vorstandsvorsitzende hat nun einen umfassenden Neustart angekündigt. Nach wie vor strebt das Management die im Zuge der bisherigen Fusionspläne angekündigten Kostensenkungsmaßnahmen an. Neben den bislang geplanten Abbau von 2.000 Stellen in Deutschland im Bereich Stahl sollen insgesamt nun 6.000 Stellen im Gesamtkonzern abgebaut werden. Das wirtschaftliche starke Aufzugsgeschäft soll an die Börse gebracht werden und die damit erzielten Einnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von thyssenkrupp dienen. Damit will der Konzern die Spielräume bekommen, um die Neuaufstellung der verbleibenden Geschäftsfelder leisten zu können. Der Vorstand hat dazu bereits erste Gespräche mit der IG Metall geführt und hat erklärt, er wolle den anstehenden Prozess eng mit den Mitarbeitervertretern abstimmen.

Die Stahlindustrie in Deutschland ist für leistungsfähige Wertschöpfungsnetzwerke vieler anderer Wirtschaftsbereiche wie die Automobilindustrie, die Windkraftwerkproduktion oder die Bauindustrie und damit für die Wirtschaftskraft insgesamt von zentraler Bedeutung. Sie ist notwendig und unverzichtbar zur Sicherung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Stahlland. Hier werden jährlich rund 16,5 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das sind 38 Prozent der Produktion in Deutschland. In der NRW-Stahlindustrie sind 47.600 Menschen beschäftigt. Dies entspricht 56 Prozent der Stahlbelegschaften in Deutschland. Bei thyssenkrupp Steel in NRW sind derzeit etwa 22.000 Menschen beschäftigt. Der Erhalt und die Weiterentwicklung einer modernen Stahlindustrie,

Datum des Originals: 14.05.2019/Ausgegeben: 14.05.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

die Arbeitsplätze sichert, gute Arbeit schafft und hochwertige Werkstoffe für unsere Wirtschaft produziert, muss daher das Ziel nordrhein-westfälischer Wirtschaftspolitik sein.

## **II. Zukunft des Stahlstandort NRW gemeinsam gestalten statt blindem Marktglauben**

Angesichts der Bedeutung der Stahlindustrie für die Zukunftsfähigkeit der NRW-Wirtschaft und der vielen guten Industriearbeitsplätze in NRW muss die Landespolitik gegenüber der Konzernleitung von thyssenkrupp drauf drängen, dass die Entwicklung insbesondere der nordrhein-westfälischen Standorte in eine nachhaltige Gesamtstrategie zur Neuaufstellung des Konzerns eingebettet wird, einschließlich entsprechender Investitions- und Beschäftigungszusagen. Die schon zu Beginn der Fusionsplanung diskutierten Bedenken und Kritik an der Konzernstrategie, insbesondere mit Blick auf Steuervermeidungsstrategien, aber auch die Prüfung alternativer Wege zur Konsolidierung von thyssenkrupp wie des Stahlmarktes in Europa und in Deutschland insgesamt, sollten nun wieder stärker in den Fokus rücken (vgl. Drs. 17/511) und müssen auch von der Politik gegenüber den Konzernvertretern eingefordert werden. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die seitens der Politik unterstützten Anstrengungen von thyssenkrupp und Partnern aus der Wissenschaft für Innovationen im Bereich der Stahlproduktion. thyssenkrupp kann diese Art der Unterstützung als einen Vertrauensbeweis sehen und ist im Gegenzug in der Verpflichtung, die Neuaufstellung des Konzerns mit den Beschäftigtenvertretern, den Standortkommunen und dem Land bestmöglich abzustimmen. Allerdings bedarf es seitens der Politik dafür klarer Zielsetzungen. Für eine erfolgreiche Modernisierung des Stahlstandortes NRW braucht es mehr als einzelne Förderprojekte für erst langfristig wirksame Innovationen etwa bei der Nutzung von H2 für die Stahlproduktion oder Industrie 4.0-Ansätze. Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Ausarbeitung eines verbindlichen Industriepolitischen Leitbildes auf Basis der industriepolitischen Leitlinien von Ex-Wirtschaftsminister Duin angekündigt. Bislang hat sie hier jedoch noch keine Ergebnisse vorgelegt.

## **III. Der Landtag stellt fest,**

- dass nach wie vor Tausende von Arbeitsplätzen in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie im Zuge der Neuaufstellung thyssenkrupps nach der geplatzten Fusion der Stahlsparte mit Tata Steel Europe in Gefahr sind.
- dass es das Ziel der Landespolitik ist, moderne Stahlproduktion und hochwertige Arbeitsplätze in der Stahlindustrie in NRW zu sichern.
- 

## **IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

- sich gegenüber der Konzernleitung von ThyssenKrupp für eine nachhaltige Neuaufstellung des Konzerns inklusive des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen und des maximal möglichen Erhalts von Arbeitsplätzen sowie von Investitionszusagen für die NRW-Standorte von thyssenkrupp einzusetzen,
- unverzüglich einen Entwurf für die überarbeiteten Industriepolitischen Leitlinien der Öffentlichkeit vorzulegen, um die Ziele der Landespolitik auch mit Blick auf den Stahlstandort NRW zu klären,

- unverzüglich mit den Arbeitnehmervertretern und der IG Metall Gespräche zu führen und deren Forderungen für die nun folgende Neuaufstellung von thyssenkrupp sowie für den Industriestandort NRW insgesamt in ihrer eigenen Politik zu berücksichtigen.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Marc Herter  
Frank Sundermann  
Ralf Jäger  
Rainer Bischoff  
Frank Börner

und Fraktion